

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Druckungen nehmen die Postämter, und für Anzeigen die Postämter entgegen. — Erscheint wöchentlich. — Preis pro Stück 20 Pf. — Preis für den Abnehmer 1.000 Pf.

Verlagsgesellschaft für den Erzgebirgsbezirk, Postfach 100, Auer, Erzgebirge.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1900

Nr. 87

Samstag, den 14. April 1929

24. Jahrgang

Die Politik der Woche

Der Weltmarkt.

Im Hotel George V. in Paris gehen die Bitterdebatten ruhig weiter. Das Schweigen des Dr. Schacht hat nach französischer Auffassung die deutschen Unterhändler in eine vorübergehende Lage gebracht, da sie die unannehme Stellung des Schwabens mit seiner teils Verteidigers vertauschen konnten. In dem Wirbel der Parteien kann einem schon schwindelig werden. Die Wechsellagerung ist ständlich. Immer noch konnten sich die Gläubigerstaaten über ihre Gesamtforderungen nicht verständigen. Jeder soll weiter bringen, doch schiebt der eine sie dem andern zu. Wie haben wir, abzuwarten, bis sich die Herren Gläubiger geeinigt haben. Dagegen nicht das Minimalprogramm Owen Youngs vom Gründonnerstag so unüberwindlich im Magen, dann hätten wir wohl längst eine Verständigung, die auf unsere Kosten geschlossen worden wäre. Bedeutende Abstriche müssen noch gemacht werden, wenn ein einigermaßen tragbares Ergebnis erzielt werden soll.

Polnische Volkserziehung.

Während sich der Kampf um die Bittern in Paris in aller Eile vollzieht und die Öffentlichkeit kaum weiß, um was es geht, vollzieht sich der Kampf um die politische Macht in Polen in aller Öffentlichkeit. Marschall Piłsudski ließ am letzten Sonntag durch die ihm nahestehende Presse sein neuestes Programm gegen den Osten verkünden. Er führte dabei eine polnisch-englische Sprache und neapolitanische Vergleiche, auch eine bilienreiche Sprache, die hier aber aus nachliegenden Gründen nicht wiedergegeben werden kann. Die Regierungspresse besaßelt den Marschall Piłsudski. Es ist Zeit, weil man da u. a., die Händler und Pparisier aus dem Tempel des politischen Lebens zu jagen. Das ist der Hauptmann der Gächstung der Marschall-Worte, denn eine Gächstung und nicht Anderes waren die schmerzhaften Worte, die aus seiner Feder flossen und sich am Sonntagmorgen über Polen ergossen. Indem der Marschall droht und Gächstung mehr. Der Kampf um die Seele Polens und um den Sinn seiner staatlichen Existenz hat begonnen und muß zu Ende geführt werden.

Die Engländer in Moskau.

Nähezu hundert englische Kaufleute und Industrielle weilten seit 14 Tagen in Sowjetrußland, um die dortigen wirtschaftlichen und handelspolitischen Verhältnisse zu studieren. In Moskau wurde die englische Delegation von dem stellvertretenden Vorsitzenden der russischen Staatsbank B. I. A. A. A. begrüßt. Kommissar der russischen Regierung machte er den Engländern große Versprechungen und machte ihnen die günstigsten Zukunftsbilder an die Wand, er verlangte jedoch die Wiederannahme normaler diplomatischer Beziehungen zwischen England und Sowjetrußland und vor allem — Kredite. Wie sich jetzt nämlich herausstellt, hat B. I. A. A. seitens der Sowjetregierung in Aussicht gestellten Einkäufe und Bestellungen ausdrücklich von der Gewährung eines Kredits von 150 Millionen Pfund Sterling (gleich 3 Milliarden Mark) durch den englischen Handel abhängig gemacht. Die englische Abordnung betrachtet damit ihre Mission im wesentlichen als beendet und wird schon in aller nächster Zeit die Rückreise nach England antreten.

Attentate in Indien.

Die revolutionäre Tätigkeit der Sowjetrußen in Indien löste in den letzten Tagen blutige Ausschreitungen aus. Zunächst erfolgte ein Bombenattentat in der gesetzgebenden Nationalversammlung der Guber in Delhi, daraufhin zeigte sich aber sehr schnell, daß die gesamtpolitische Lage Indiens sich außerordentlich verschärft hat. Die hindu-sozialistische-republikanische Armee sandte Drohbriefe an alle Mitglieder des indischen Parlaments, in denen die Abgeordneten mit dem Tode bedroht werden, falls sie das Kommunistengesetz annehmen sollten. Obwohl die indische Regierung erklärte, Herr der Lage zu sein, hinderte die Nationalversammlung die Beratung des Gesetzentwurfes gleichwohl ab. Der ganze Geist der Lage Indiens zeigt sich aus der Einstellung der indischen Presse zu dem Bombenattentat in Delhi. Der Finanzsachverständige der indischen Regierung, Schuster, wurde nicht unbedenklich verurteilt und Simon selber, der Vorsitzende der Simonkommission, sah mit eigenen Augen von der Diplomatenloge des indischen Parlaments das Bombenattentat und Blutvergießen. Das sind Sturmzeichen in Mittelasien, die von westpolitischer Bedeutung sein können.

Ungarn hat Erfolg.

Die Festigung Chinas ist um einen guten Schritt voran gekommen. Die Expedition gegen die widerpenstigen Tschang in Szechuan führte zu einem vollen Erfolg. Dieser war zunächst militärisch, er ist aber vornehmlich von innerpolitischer Bedeutung. Beide Provinzen, die bisher keinen Teil an die Zentralregierung in Peking aufwiesen, sind jetzt unter die Abhängigkeit Pankings geraten, das bereits eine neue Finanzverwaltung eingerichtet. Aber auch Kanton, das durch einen geschickt angelegten Staatsstreich den Panking fernöstlichen Tschang durch einen Freund Tschang Kai-schiks erlangte und die Nachbarprovinzen des Südens sind unter den Einfluß der Zentralregierung gekommen. So hat sich denn der Einfluß Pankings südlich des Yangtse-Stromes viel schneller durchgesetzt, als die kühnsten Optimisten europäischer Absehung erwarteten und erhoffen konnten. Zur allgemeinen Überraschung kündete unmittelbar nach diesem gewaltigen Erfolg Tschang Kai-schik an, daß er gesonnen ist, alle seine Leuten und Würden niederzulegen. Die Chinesen erklären in diesem Zusammenhang einen totalen Schwachsinn des Kommandanten.

Zwei Sachverständigen-Gutachten?

Heute Uebergabe der Forderung an die deutsche Abordnung:

Die Pariser Presse veröffentlichte am Freitag morgen erneut einen über die Reparationszahlungen, die das Deutsche Reich bezahlen soll, die sich im übrigen wesentlich von den bereits wiederholt genannten Zahlen nicht unterscheiden, aber doch eine deutliche Minderstellung erfordern. Wenn der französische Öffentlichkeit vorgebracht werden sollte, daß jetzt endlich Dr. Schacht das Wort hätte und eine Art Ultimatum vorläge, so wird demgegenüber amtlicherseits erklärt, daß weder von einem Ultimatum die Rede ist, noch die genannten Zahlen der deutschen Delegation seitens der Sachverständigen der Gläubigerstaaten zugehen.

Aus diesem Grunde besteht auch kein Anlaß zu einer Kritik an den deutschen Sachverständigen und zu einer Bemängelung ihres Verhaltens. Von einer zweihundertprozentigen Steigerung der Dawesverpflichtungen zu reden und zu schreiben, ist jedenfalls völlig abwegig. Nach dem ganzen bisherigen Verlauf der Pariser Verhandlungen sind derartige unhaltbare und unbegründete Vermutungen völlig hinfällig. Der Standpunkt Owen Youngs und der amerikanischen Delegation ist bekannt. Am Ende dieser Woche steht man tatsächlich noch genau da, wo man am Anfang war, nämlich daß hinsichtlich der deutschen Jahreszahlungen drei Auffassungen einander gegenüberstehen 1. jene der Gläubigerstaaten, 2. jene der Amerikaner und 3. jene der deutschen Delegation.

Ein Fortschritt ist nur insofern erzielt worden, als die europäischen Gläubigerstaaten nach langem Hin und Her und starken Kämpfen hinter den Kulissen gegenseitige Abstriche vornahmen, die aber immer noch um 4 Milliarden höher sind, als die von den Amerikanern für tragbar erachtete Summe. Das ist alles. Soll daher eine Einigung erzielt werden, dann müssen die Gläubigerstaaten sich gefälligst noch einmal zusammensetzen und zu weiteren Abstrichen bequemen. Sind sie dazu imstande? Alle? Wird wenigstens ein Teil von ihnen vernünftigen finanzpolitischen Erwägungen zugänglich sein? Letzteres ist anzunehmen.

Besteht sich diese Annahme, dann kann schon der Fall eintreten, den man in Berlin befürchtet, daß die Finanzsachverständigen nicht zu einem einheitlichen Vorschlag kommen, sondern zwei getrennte Memoranden ausgeben. Es läßt sich schon denken, daß die Franzosen und Belgier mit Sonder-

vorschlägen kommen und auf ihnen verharren, während die Finanzsachverständigen aller anderen Länder sich auf gemäßigte Vorschläge einigen. Die Aufgabe der Regierungen nach Abschluß der zweiten Daweskonferenz würde dadurch freilich wesentlich erschwert werden. Wir können uns sogar denken und befürchten es lebhaft, daß zwei verschiedene Memoranden eine Einigung der Regierungen gleichbedeutend unterbinden würden.

Die gestrigen Beratungen der Gläubiger-Delegationen

Havas berichtet: Die Delegierten der reparationsberechtigten Länder haben gestern vormittag unter dem Vorsitz von Owen D. Young eine neue Sitzung abgehalten, um die Verständigung über die Mindestforderungen, die an Deutschland gestellt werden sollen, in den Einzelheiten auszuarbeiten. Sie legten Wert darauf, daß diese Forderungen den deutschen Sachverständigen in klarer, bis in die geringsten Einzelheiten gehender Form unterbreitet würden. Zu diesem Zweck fand gestern nachmittag eine weitere Aussprache statt. Es erschien als fast sicher, daß die Modalitäten der Verständigung im Laufe dieser Nachmittagsitzung endgültig festgelegt werden. Das Abkommen werde schriftlich formuliert und sehr wahrscheinlich heute in einer Vollversammlung der deutschen Delegation zugestellt werden.

Die deutsche Delegation noch ohne offizielle Kenntnis des Reparationsvorschlages

Einige Pariser Morgenblätter behaupten, die deutsche Delegation habe offiziell Kenntnis erhalten von dem Ergebnis der Arbeiten, die die Delegationen der vier reparationsberechtigten Länder im Laufe dieser Woche durchgeführt haben. „Avenir“ und „Victoire“ behaupten, daß Dr. Schacht die Bittern, zu denen die vier Delegationen gelangt sind, als eine annehmbare Diskussionsbasis bezeichnet habe. Hierzu ist nach Anfrage bei der zuständigen deutschen Stelle zu erklären: Die deutsche Delegation hat Kenntnis von dem Stand oder dem Ergebnis der Arbeiten der Delegationen der vier reparationsberechtigten Länder nur durch die Presse erhalten. Sie kann also erst dazu Stellung nehmen, nachdem ihr das Ergebnis der Beratungen offiziell zur Kenntnis gebracht worden ist, was bis jetzt nicht geschehen ist.

Ernennung der neuen Reichsminister

Der Reichspräsident hat heute auf Vorschlag des Reichslanzlers den Reichsminister Koch-Weser auf seinen Antrag aus seinem Amte als Reichsminister der Justiz entlassen und den früheren Reichsminister van Coudard (M. d. R.) zum Reichsjustizminister ernannt. Ferner hat der Reichspräsident auf Vorschlag des Reichslanzlers den früheren preussischen Ministerpräsidenten Dr. Stegerwald zum Reichs-Verkehrsminister und den früheren Reichslanzler Dr. Wirth zum Minister für die besetzten Gebiete ernannt.

Ein interessanter kommunistischer Beschluß

Eine kommunistische Versammlung hat dieser Tage in Berlin den Beschluß gefaßt, daß man nur dann am 1. Mai demonstrieren wolle, wenn die Führer sich verpflichten, an der Spitze derzüge zu marschieren.

Wied begrabert

Der „Sozialdemokratische Volksdienst“ erzählt von unterrichteter Seite, daß der kommunistische Reichstagsabgeordnete Wied seinen Amte als Bezirksvorsitzender der K.P.D. von Berlin-Brandenburg entsetzt worden ist. Wied soll in Zukunft in einem Büro der „Roten Hilfe“ als Angestellter beschäftigt werden.

Italien gegen eine österreichische Anleihe

Gegenüber Verfassungen Wiener Blätter, wonach jüngst in Madrid alle beteiligten Mächte die Notwendigkeit einer baldigen Anleihe für Österreich anerkannt hätten, macht eine offizielle Notiz des römischen „Messaggero“ darauf aufmerksam, daß der Vertreter Italiens bei diesem Komitee in Madrid, Alberti, Ueberrassungen und Reserven im österreichischen Etat festgestellt und darauf hingewiesen hätte, daß unter diesen Umständen die Anleihe an Österreich nicht dringlich und unumgänglich sei. Daraus hätte das Komitee seine Arbeiten geschlossen, ohne etwas über die österreichische Anleihe zu beschließen.

Massenpensionierung von südslawischen Generalen

Durch einen königlichen Erlass werden der Chef des Generalstabes, General Jaksich, und 22 andere südslawische Generale pensioniert. Diese Massenpensionierung von Generalen erregt großes Aufsehen.

flimus, der in den ungeheuren Schwierigkeiten der letzten Jahre zahlreichen Tschang und Generalen Versprechungen machen mußte, die er jetzt aus nationalen Gründen nicht erfüllen kann. Um von ihnen loszukommen, droht er jetzt mit seinem Rücktritt, damit er von diesen Verpflichtungen entbunden wird, um dann frei und unbehindert erneut seinen Amte zu walten.

Trozkis Einreisegesuch abgelehnt

Das Reichskabinett hat sich mit der Frage der Einreise Trozkis nach Deutschland beschäftigt. Nach eingehender Prüfung aller Umstände hat das Kabinett beschlossen, dem Gesuch Trozkis nicht stattzugeben.

Zum Beschluß des Reichskabinetts, Trozkis Einreisegesuch abzulehnen, muß daran erinnert werden, daß seinerzeit die russische Regierung inoffiziell angefragt hatte, wie sich die deutsche Regierung zu Trozkis Einreise stellen würde. Man kam damals zu dem Schluß, auf diese Anfrage nicht weiter einzugehen, besonders, um eine Kränkung der deutsch-russischen Beziehungen wegen einer Einzelperson eintreten zu lassen. Sentimentale Gründe kommen bei der Entscheidung nicht in Betracht, sondern nur politische. Trozkis scheint sich ja auch in der Türkei ganz wohl zu befinden.

Tschichirin kehrt zurück

Der russische Volkskommissar Tschichirin, der sich zu Kurweiden im Berliner Grunewald-Sanatorium aufhielt, verläßt heute laut „Berliner Tageblatt“ die Reichshauptstadt, um nach Moskau zurückzukehren. Vor seiner Abreise hat er dem deutschen Außenminister Dr. Brüningmann noch einen Abschiedsgesuch gemacht.

Vermittlung der Reichsregierung in Mecklenburg-Strelitz

Die Regierungskreise in Mecklenburg-Strelitz hat die Gefahr des Eintritts eines regierungslosen, den Vorschriften der Reichsverfassung nicht entsprechenden Zustandes herbeigeführt. Die Reichsregierung hat deshalb beschlossen, den Ministerialrat Dr. Hänisch nach Rostock zu entsenden, um zunächst im Wege vermittelten Eingreifens eine Regierungsbildung zustande zu bringen. Ministerialrat Hänisch hat gestern nachmittag die Verhandlungen mit den Regierungsparteien des Strelitzer Landtages aufgenommen. Der Landtag hat sich demnach, ohne Rücksicht zu lassen, auf Samstag verzagt.